

Bezugspreis:
Einzeln 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.00 M., halbjährlich 1.80 M., jährlich 3.20 M. (Post- und Transportgebühren).
Für den Ausland bezug: monatlich 1.00 M., vierteljährlich 2.80 M., halbjährlich 5.00 M., jährlich 9.00 M. (Post- und Transportgebühren).
Für den Ausland bezug: monatlich 1.00 M., vierteljährlich 2.80 M., halbjährlich 5.00 M., jährlich 9.00 M. (Post- und Transportgebühren).
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Bild“, der Unterhaltungsbeilage „Spinnweb“ und der Beilage „Siedlung und Reichertum“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Anzeigenzeilen kosten 2,50 M. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 1,50 M. (gewöhnlich zwei selbige Worte), jedes weitere Wort 1.- M. Stellengröße und Schlafzettelanzeigen das erste Wort 1.- M., jedes weitere Wort 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten keine 2.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 6, abgegeben werden. Öffnung von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 15. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Deutschland verantwortlich für Oberschlesien.

Paris, 15. Juni. (E.) Das Französische Auswärtige Amt ließ der Presse eine Erklärung zugehen, in der gesagt wird, daß angesichts der Haltung der deutschen Vertreter in Oberschlesien sich die Notwendigkeit eines energischen Schrittes in Berlin ergeben habe. Laurent wurde aufgefordert, in der Wilhelmstraße zu erklären, daß die vollkommene Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission (!) in Oberschlesien durch die Haltung der deutschen Elemente in Oberschlesien nicht mehr gefährdet werden dürfe. Ähnliche Vorstellungen sollen durch die Vertreter Englands und Italiens in Berlin erhoben werden.

Der Berichterstatter des „Matin“ in Opatowitz meldet über das Scheitern des Abkommens zwischen General Hofer und der Interalliierten Kommission: Am 13. Juni hatten die Polen ihren Rückzug ordnungsgemäß durchgeführt, während die Deutschen auch noch nicht einen Fingerbreit Landes geräumt hatten und nicht einmal ihre Absicht dazu in klarer Weise bekannt gegeben hatten. General Hofer erklärte, er könne keine Verpflichtung eingehen, da er nur Soldat sei, der den Anordnungen des Zwölferauschusses unterworfen sei. Dagegen erklärte namens dieses Ausschusses der Pfarrer Wliska, daß es sich um eine ausschließlich militärische Angelegenheit handle, mit der er nichts zu tun habe. Die Interalliierte Kommission berief deshalb die Zivil- und militärischen Vertreter der deutschen Kommission zu sich und erklärte ihnen folgendes:

„Sie müssen ohne Vorbehalte 1. die Räumungspläne ohne Vorbehalt annehmen, 2. einen Beweis Ihres guten Willens dadurch erbringen, daß Sie sofort Annaberg räumen.“

Die Beratungen wurden bis in die späte Nacht hinein fortgesetzt. Sir Harold Stuart nahm daran lebhaften Anteil. Die Kommission erklärte den Deutschen, daß ihre Weigerung, die Vorschläge anzunehmen, die Polen veranlassen würde, ihren Rückzug nicht fortzusetzen, weshalb Gleimich von den Insurgenten nicht geräumt werden könnte. Harold Stuart fügte hinzu, daß die Verantwortung für die Verlängerung des Kriegszustandes in Oberschlesien auf die Deutschen zurückfallen würde. Die deutschen Vertreter lehnten jedoch kategorisch die alliierten Vorschläge ab.

Der Korrespondent schreibt dann: Man hat den Eindruck, daß die Führer des „oberschlesischen Balkans“ nicht mehr die Herren ihrer Leute sind, sondern daß sie denen gehorchen müssen, die ihnen aus Breslau und Berlin die Gelder für das Unternehmen senden. Weiter erklärt der Korrespondent, General Hofer solle im Laufe von Privatunterredungen gesagt haben, daß er das ganze Gebiet besetzen wolle und seine Macht an die Stelle der Interalliierten Kommission treten lassen würde. Die Vertreter der Alliierten seien sich allgemein darüber einig, daß die handlungsweise Hoefers eine ungehörige Herausforderung gegenüber dem Friedens-

vertrag und der Menschlichkeit sei. Man sei der Ansicht, daß General De Rond nunmehr mit Hofer nicht mehr zu verhandeln haben werde. Zwischen Paris und London einerseits und Berlin andererseits sollen nunmehr direkte Verhandlungen eingeleitet werden, die auf präzise Drohungen hinauslaufen werden.

Das furchtbare Hindernis „Oberschlesien“.

London, 15. Juni. (W.B.) Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt über die Zusammenkunft Rathenaus und Loucheurs, wenn das furchtbare Hindernis „Oberschlesien“ überwunden werden könnte, dann wäre es nicht vorzeitig, zu erklären, daß Frankreich zum ersten Male seit dem Kriege sich endgültig in der Richtung eines wirklichen Friedens mit seinem geschlagenen Nachbarn bewege.

Wir wissen nicht, inwieweit der Berichterstatter des „Matin“ richtig informiert ist, wenn er von einer ausweichenden Haltung der Vertreter des Deutschtums in Oberschlesien spricht. Formal liegen die Dinge so, daß man der Interalliierten Kommission nicht das Recht absprechen kann, vom deutschen Selbstschutz die Räumung von ihm besetzter Gebiete zu verlangen. Aber nach den bisherigen Erfahrungen hat den Deutschen in Oberschlesien ihre passive Haltung nichts genützt. Es ist deshalb verständlich, wenn der Selbstschutz einen strategisch wichtigen Punkt wie den Annaberg nicht ohne Sicherheiten aufgeben zu dürfen glaubt. Die bisherige Haltung der Interalliierten Kommission berechtigt zu einem gewissen Mißtrauen, so daß man wohl von einem praktischen Recht sprechen kann, das hier auf Seiten des deutschen Selbstschutzes ist.

Frankreich kommt dieser Konflikt natürlich sehr gelegen. Es hat jetzt den lange vergeblich gesuchten Grund, den Selbstschutz in Oberschlesien zu discreditierten und damit den Polen wieder in den Sattel zu helfen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn es Frankreich mit seinem „energischen Schritt in Berlin“ so überaus eifrig hat. Allerdings müssen wir gestehen, daß uns nicht ganz klar ist, was dieser Schritt für einen Zweck hat. Die deutsche Regierung hat pflichtgemäß die Grenze nach Oberschlesien gesperrt. Im übrigen hat sie mit der oberschlesischen Angelegenheit nichts zu tun, da es ja gerade die französische Regierung war, die jede deutsche Unterstützung ablehnte. Wliska und Hofer sind der deutschen Regierung nicht unterstellt, folglich kann die deutsche Regierung auch nicht für ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden. Auch dieser Fall zeigt wieder, daß es in der oberschlesischen Frage nur eine Lösung gibt: einen raschen und gerechten Schiedspruch des Obersten Rats.

für den Wiederaufbau wird die französische Regierung jedenfalls vertreten werden durch den Ministerialdirektor Soudouet sowie durch die beiden Sachverständigen Taffanel und Ader.

England und die Vereinigten Staaten.

Paris, 15. Juni. Wie „New York Herald“ aus Washington erfährt, ist eine englisch-amerikanische Entente gegenwärtig im Weißen Haus ein Beratungsgegenstand erster Ordnung.

London, 15. Juni. (W.B.) Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Wunsch habe und den Plan verfolge, ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem Britischen Reich in allen Fragen der Weltpolitik zustande zu bringen. Dieses von der amerikanischen Regierung erstrebte Einvernehmen zwischen den beiden Ländern würde der „Times“ zufolge, ohne eine formelle Allianz zwischen ihnen, die Lösung der verschiedenen unerledigten Probleme ermöglichen und die Ordnung in der Welt wieder herstellen. Der Präsident kündigte an, daß der Vertrag von Versailles von den Vereinigten Staaten aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht ferner Zeit ratifiziert werden wird, allerdings mit weitreichenden Vorbehalten. Es bestünde Grund zu der Annahme, daß bereits durch Vermittlung des Obersten Rates ein Meinungsaustausch mit den Alliierten stattgefunden habe. In dem Plane des englisch-amerikanischen Zusammenwirkens würde die Seemacht ein wichtiger Faktor sein. Der Plan würde umfassen die Beschränkung der amerikanischen Seemacht auf den Stillen Ozean und die Ueberlassung des Atlantischen Ozeans an England als britische Einflusphäre zur See. Das würde selbstverständlich die Verzichtleistung auf den Gedanken eines englisch-japanischen Bündnisses notwendig machen.

In einem Vorkursivartikel erklärt „Times“, diese Meldung aus Washington werde vom ganzen Britischen Reich und von der Entente begrüßt werden. Das Blatt fordert, daß die Bande, die England mit Frankreich verknüpfen, nicht gelockert werden.

Die Zollanktionen am Rhein haben, nach dem „Matin“, im ersten Monat ein Ergebnis von 170 Millionen Frank gehabt.

Die Krise in Oesterreich.

Wien, 13. Juni.

Die große und die kleine Entente sind in mächtige Aufregung geraten, die Kreditaktion ist in Gefahr, die Jugoslawen lauern auf die günstige Gelegenheit, sich ein Stück Kärnten wiederzuholen, die Ungarn glauben das Burgenland fester denn je in ihren Händen, sogar die christlichsoziale Bundesregierung hat demissioniert, und dies alles nicht etwa, weil sich Oesterreich endlich anschickt, den Zusammenschluß mit dem großen deutschen Mutterland zu vollziehen, sondern weil in den einzelnen kleinen Bundesländern des kleinen Oesterreich die Männer und Frauen gefragt, bloß gefragt werden, ob sie den Anschluß an Deutschland wünschen.

Die Abstimmungsbewegung, die wir vor uns sehen, ist beileibe nicht zu verwechseln mit der Anschlussbewegung. Wenigstens nicht, soweit ihre Veranstalter in Betracht kommen. Sicher ist natürlich, daß die Sehnsucht nach dem Anschluß in der Bevölkerung selbst allgemein und groß ist und daß sie bei den Abstimmungen deutlich zum Ausdruck kommt. Am leichtesten sind psychologisch die ländlichen Abstimmungen in Tirol und Salzburg, in den beiden Ländern, die an Deutschland grenzen, zu verstehen. Aber ist es nicht töricht, daß die Tiroler Christlichsozialen plötzlich für den Anschluß an Deutschland eintreten, dieselben Christlichsozialen, die ihren Teil der Schuld am Anschlußverbot tragen? Konnte sich doch Clemenceau auf die Noten der Tiroler Christlichsozialen „Gesandtschaft“ in der Schweiz berufen, in denen behauptet wurde, daß sogar eine selbständige Republik Tirol existieren könne. Gerade die Christlichsozialen haben im März und April 1919 mit dem klerikalen französischen Gesandten Allizé jene Intrigen gesponnen, die schließlich Clemenceau die Handhabe zum Anschlußverbot gaben. Anschluß an Deutschland? Aber die Christlichsozialen waren auch für den Anschluß Boralbergs an die Schweiz oder für den Zusammenschluß bloß mit Bayern unter dem Szepter der Wittelsbacher. Was soll man gar zu einem „Anschlußfreund“ wie den steirischen Landeshauptmann Rintelen sagen, der seine Sympathien für Horthyungarn damit bezeugte, daß er dem Waffensraub der Horthykrieger in Steiermark geistlich Vorhubs leistete, dem Mann, der niemals und bei keiner Gelegenheit aus seiner habsburgerfreundlichen Gesinnung ein Hehl machte, der also schon aus dieser Gesinnung heraus kein wahrer Anschlußfreund sein kann? Und selbst die Großdeutschen, die lautesten Rufer im Abstimmungsstreite, haben sich in Graz im November 1918 in einer Sitzung des Wohlfahrtsausschusses unter dem Vorsitz des großdeutschen Landeshauptmannes Dr. Kaan gegen den Anschluß ausgesprochen und die Tiroler Großdeutschen gründeten im April 1919 einen Ständerat, in dessen Programm Großdeutschland durch eine „Kulturgemeinschaft des deutschen Volkes bei voller Wahrung der berechtigten Sonderbelange der einzelnen Teile“ ersetzt war.

Die Sozialdemokraten haben immer und konsequent den aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen notwendigen Zusammenschluß angestrebt. Aber sie lassen die politische Klugheit nicht außer acht. Im steirischen Landtag waren sie allein der Gefahren eingedenk, die Oesterreich aus der Abstimmungs-demonstration erwachsen können, und sie haben gegen die Volksbefragung am 3. Juli gestimmt. Als diese dennoch mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit beschlossen wurde, haben sie selbstverständlich erklärt, daß die Sozialdemokraten an der Abstimmung teilnehmen werden, um kein falsches Bild von ihrem Ergebnis auskommen zu lassen.

Christlichsoziale Führer und ausgesprochene Monarchisten treten plötzlich für die Anschlussabstimmung ein und benützen die Abstimmung dazu, ihre eigene Regierung, die ihnen mißliebig geworden ist, zu stürzen. Es ist kein erhebendes Schauspiel und es ist nicht geeignet, die Anschlussbewegung selbst zu fördern. Das ist ja auch gar nicht der Wille der Rintelen und ihrer. Aber daß die Vereinigung mit Deutschland der Wille des Volkes in Oesterreich ist, des ganzen Volkes, wird auch die Abstimmung in Steiermark mit nicht wegzuleugnender Deutlichkeit zeigen. Die Volks- und Kulturgemeinschaft wird sich einmal stärker erweisen als alle Verträge; sie zeigt sich auch jetzt schon deutlich in politischer und wirtschaftlicher Beziehung, sie zeigte sich in den Kapp-Tagen, wo die Ruhe in Deutschösterreich durch Rückwirkungen gefährdet schien, sie zeigt sich an allen den Schicksalstagen, die Deutschland und wir mit ihm erlebt haben, sie spiegelt sich aber auch in der deutschösterreichischen Handelsbilanz, in der Deutschland eine überragende Rolle spielt. Die Zeit wird kommen, wo die Lebensunfähigkeit Deutschösterreichs aller Kredite ungeachtet — und gar der Kredite, die bloß auf dem Papier bleiben — offen vor aller Augen liegen wird. Und dann wird der Wille, die ungeheure Sehnsucht des ganzen Volkes nach dem Zusammenschluß durch keine Drohung unterdrückt werden können.

Nachschrift der Redaktion. In nationalistischen Entendebüchern tritt noch immer das Bestreben hervor, die österreichische Anschlussbewegung so darzustellen, als sei sie

Ein Regierungsbloch in Frankreich.

Paris, 15. Juni. (Havas.) Eine sehr große Anzahl von Abgeordneten der Kammer hat es für zweckmäßig erachtet, eine bessere Verbindung zwischen den einzelnen Kammergruppen herzustellen, um dadurch, ohne die Selbstständigkeit der einzelnen Gruppen zu verringern, eine sichere Mehrheit zu schaffen. Sie hat sich auf ein gemeinsames Programm geeinigt, das sich gegen jede Diktatur einer Klasse oder einzelner Personen, ferner zugunsten der Gesetzgebung der Republik und besonders der vollständigen Weltlichkeit des Staates, sowie für die Ausrechterhaltung der Bündnisse Frankreichs in einem Maße ausspricht, das sich mit der Würde Frankreichs verträglich. Gleichzeitig sind die Unterzeichner des Programms entschlossen, ohne Schwäche die Eintreibung der deutschen Schuld zu verfolgen und an Stelle der Valsehen ein Regime des finanziellen Gleichgewichts zu setzen. Sie erklären sich ferner für Gerechtigkeit auf politischem, fiskalischem und sozialem Gebiet und wollen auf dieser Grundlage im Parlament eine große politische Partei bilden, die für die genaue Ausübung des parlamentarischen Regimes eintritt. Bisher ist das Programm von 188 Abgeordneten unterzeichnet worden.

Paris, 15. Juni. (E.) Auf dem Kongreß der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten haben die Kommunisten mit 63 gegen 57 Stimmen die Mehrheit gewonnen. Diese Organisation steht nunmehr auf Seiten der 3. Internationale. Gleichzeitig mit dem Kongreß der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten tagte ein Kongreß der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter. Bei diesem hat die gemäßigte Linke die Oberhand behalten, und zwar mit 60 gegen 36 Stimmen.

Der Garantieauschuss.

Paris, 15. Juni. (W.B.) Der Garantieauschuss für die deutsche Reparationsschuld ist gestern abend nach Berlin abgereist, nachdem er vorher im Einvernehmen mit der Reparationskommission eine Anzahl Fragen geregelt hatte, die entweder eine grundsätzliche Entscheidung dieser Kommission oder eine Verständigung beider Organisationen erforderte.

Paris, 15. Juni. (W.B.) Bei den bevorstehenden Sachverständigen-Beratungen zur Aufstellung eines Programms

aus „amerikanistischen“ Gründen von Deutschland nach Oesterreich hineingetragen. Auch die Zurückhaltung des größten Teils der reichsdeutschen öffentlichen Meinung in dieser Frage vermag an dieser vorgeschafften Meinung nichts zu ändern. Wenn Polen ein Land für sich verlangt, das nie zu ihm gehört hat, und das eben erst mit überwältigender Mehrheit seinen Willen, bei Deutschland zu bleiben, bekundet hat, so ist das nach jener Auffassung kein „Amerikanismus“. Wenn aber ein deutscher Volkstamm, der mit Deutschland kulturell, wirtschaftlich, politisch seit Jahrhunderten verbunden ist, geradezu einstimmig den Anschluss an Deutschland verlangt und für dieses Verlangen in Deutschland Verständnis findet, dann ist das „deutscher Amerikanismus“.

Wenn eine polnische Minderheit, von Polen unterstützt, den Anschluss an Polen gewaltsam zu vollziehen sucht, so ist das „Selbstbestimmungsrecht“. Wenn die Volksgemeinschaft Oesterreichs durch das demokratische Mittel der Abstimmung seine platonischen Anschlusswünsche zu erkennen gibt, so ist das ein freier Verstoß gegen das geheiligte Völkerrecht der Friedensverträge.

Das Unrecht, das hier begangen wird, ist so offenkundig, daß es keinen langen Bestand haben kann.

Brauns über Nationalismus und Republik.

Auf der Berliner Bonifazinstagung hat der dem Zentrum angehörende Arbeitsminister Dr. Brauns eine Rede gehalten, in der er vom katholischen Standpunkt aus über rechtes Nationalbewußtsein und Chauvinismus sprach. Er bekannte sich dabei zu einem christlichen Internationalismus, der die Liebe zu den eigenen Volksgenossen nicht ausschließt. „Unsere ganze Kulturarbeit zielt über die Nation zur Menschheit.“ Das ist so ziemlich dasselbe, was auch wir sagen, „nur mit ein wenig anderen Worten“.

Dr. Brauns kam dann auf den Monarchismus zu sprechen und sagte:

Oder ist nationales Denken nur mit dem Bekenntnis zu einer bestimmten Verfassungsform vereinbar? Etwas mit dem Bekenntnis zur Monarchie? — Im Verfolg einer solchen Auffassung könnten wir nur solche Parteien national nennen, die sich offiziell zu dieser Verfassungsform bekennen würden. Ich brauche wohl kaum zu betonen, daß wir vom religiösen Standpunkt aus auf keine bestimmte Verfassungsform festgelegt sind. Die Staatsautorität als solche ist von Gott, gleich von wem sie — in legaler Form — ausgeht wird.

Ich darf mich hier auf einen gewiß unverdächtigen Zeugen beziehen, nämlich auf Friedrich den Großen. In seinen Briefen über „die Liebe zum Vaterland“ ist zu lesen:

„Nebenher ist es ganz gleichgültig, welcher Art die Regierung ihres Vaterlandes ist. Alles ist Menschenwert, nichts ist vollkommen. Somit sind auch Ihre Pflichten stets die gleichen, ob Sie nun in einer Monarchie oder in einer Republik leben.“

An der ganzen Rede des Herrn Dr. Brauns ist nur eins zu bedauern, daß sie nicht in München gehalten worden ist, wo man bis jetzt von den Aufgaben des Christentums eine etwas weniger gehobene Vorstellung hat. Man sollte Herrn Dr. Brauns einmal da hindurch schicken zu einer geistigen Reichsexekution gegen Bayern.

Sinowjew gegen die Rechtskommunisten.

An der Spitze der „Roten Fahne“ veröffentlicht Sinowjew einen sehr umfangreichen programmatischen Artikel zu dem bevorstehenden 3. Kongreß der Dritten Internationale, dessen Zweck es offenbar sein soll, die Bildung eines rechten Flügels innerhalb der kommunistischen Bewegung zu unterstützen.

Sinowjew geht aus von der italienischen Spaltung, von den Kämpfen der Moskauer mit Serrati. Dieser Darstellung ist der breitere Raum gewidmet. Ursprünglich — so etwa schreibt Sinowjew — habe die Zugehörigkeit einer Partei zur Dritten Internationale zu nichts verpflichtet, sie sei nur ein

Symbol gewesen. Aber seitdem der zweite Kongreß die bekannten 21 Bedingungen ausgearbeitet und damit den einzelnen Parteien auch Pflichten auferlegt habe, seitdem habe sich die Spreu vom Weizen getrennt. Sinowjew erklärt, daß man Serrati habe fallen lassen müssen, weil er „eine Art krankhafte Neigung“ zu den Reformisten empfunden und lieber mit diesen habe gehen wollen als mit dem entschiedenen kommunistischen Flügel.

Weit kürzer als dieses Problem behandelt Sinowjew das der deutschen kommunistischen Partei. Hier richtet sich seine Polemik gegen Paul Levi, dem nach Sinowjew die italienischen Angelegenheiten nur als Vorwand gedient hätten. In Wirklichkeit bemühe sich Levi, einen rechten Flügel innerhalb der deutschen Kommunisten zu bilden. Es ist nun sehr merkwürdig, daß Sinowjew im Zusammenhang mit dieser Bildung eines rechten Flügels die mitteldeutsche Aufstandsbewegung, die doch hier das entscheidende Moment war, auch nicht einmal andeutungsweise erwähnt. Viefst man Sinowjews Ausführungen und wüßte man sonst von den Dingen nichts, so müßte man meinen, daß die Spaltung der KPD rein theoretischen Differenzen entspreche sei. Aber dies hinwegzuleiten über ein wichtiges Moment ist keine schriftstellerische Flüchtigkeit, sondern gerissene Taktik. Sinowjew möchte Levi isolieren, und deswegen gebraucht er nur ihm gegenüber die Peitsche, während er die Anhänger Levis durch ein vorgehaltenes Zuckerbrot zurückzulocken sucht. Dabei handelt Sinowjew natürlich taktisch geschickt, wenn er den hauptsächlichsten sachlichen Differenzpunkt ganz aus der Debatte ausschaltet. Man höre folgende Sätze:

Gemeinsam mit dem Genossen Levi schied aus dem Bestande des Zentralkomitees der Vereinigten kommunistischen Partei auch die Genossin Clara Zetkin aus. Wir sind jetzt überzeugt, daß ihr Austritt sich in der Tat durch ein Mißverständnis erklären läßt. Bei jeder neuen politischen Umgruppierung sind anfangs zufällige Austritte und Anschlüsse nach dieser oder jener Richtung unvermeidlich. Wir hoffen, daß auch der Austritt der Genossin eine solche Episode ist. Wir wollen hoffen, daß sich dies ebenso mit dem Genossen Däumig und den anderen Genossen verhält, die gemeinsam mit Levi aus den Reihen des Zentralkomitees der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands ausgetreten sind.

Diese Hoffnungen Sinowjews bezüglich Däumigs und Clara Zetkins muten reichlich „opportunistisch“ an. Denen aber, die sich nicht fügen wollen, wird in anderer Tonart gedroht:

Wir werden genügend ideelle Unverträglichkeit in bezug auf die „linken“ Wirkstoffe anarcho-schlagens an den Tag legen, die bestrahlt sind, die internationale Arbeiterbewegung vom rechten Wege abzubringen. Der 3. Weltkongreß wird die Frage dieser „linken“ auf die Spitze treiben. Aber wir werden wenigstens ebenso unverträglich in bezug auf jene sein, die innerhalb der kommunistischen Internationale einen rechten Flügel zu schaffen bemüht sind. In der gegenwärtigen Ubergangsperiode muß das Steuer der kommunistischen Parteien besonders in allen jenen Ländern fest in der Hand gehalten werden, in denen sich Tendenzen im Geiste Serratis und Levis zeigen.

Man kann daraus schließen, daß der Hinauswurf aller „rechten“ Elemente den eigentlichen Inhalt des bevorstehenden Kongresses bilden wird. Und in der Tat „der Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung“ wird ja immer mehr der eigentliche Wesenskern der Dritten Internationale. Das zeigt sich recht anschaulich in der Art, wie Sinowjew rückblickend die „Siege“ des letzten Jahres feiert. Die Dritte Internationale habe „eine Reihe glänzender Siege über die reformistischen und halbreformistischen Elemente davongetragen“, sie habe auch „sehr ernsthafte Erfolge im Kampfe gegen die gelbe (1) Internationale der Gewerkschaften“ gehabt. Andere Siege kennt sein Siegesbericht nicht. Gegenüber der kapitalistischen Klasse zählt er nur eine Reihe krasser Niederlagen der Arbeiterchaft auf. Aber was macht das, solange man „glänzende Siege über reformistische und halbreformistische Elemente“ feiern kann!

Wie die Kirsche nach Deutschland kam.

Es ist Kirschenzeit, die „Freudenzeit der Knaben und Späßen“, wie sie Viktor Hehn genannt hat. Und der Schilderer unserer Kulturpflanzen fährt dann fort: „Daß die Kirschen von dem reichen Lucullus, dem Sieger über Mithridates, nach Europa gebracht worden, das weiß jeder Knabe aus der römischen Geschichte, obwohl ihm vor dem vollen Korbe mit den süßen roten Beeren die Sache so gleichgültig ist, wie dem nachdenkenden Sperling auf dem Baum.“ Wie aber die Kirsche zu uns nach Deutschland kam, das weiß nicht jeder, und wenn es uns auch nicht, wie in seliger Vorkriegszeit, bei den teuren Preisen mehr vergangen ist, vor einem ganzen Korbe zu sitzen, so gilt doch auch heute noch die Kirsche als eine der guten Gaben des Sommers, ohne die wir uns unser deutsches Leben nicht denken können.

Daß übrigens Lucullus die Kirsche erst in Europa eingeführt habe, ist nicht ganz richtig. Schon vorher kannten die Griechen den Kirschenbaum, und in Italien wuchs bereits in alter Zeit der Cornet-Kirschenbaum, dessen Früchte aber in Europa noch nicht veredelt waren und sich dort wohl auch nicht veredeln ließen. Das Geschehen, daß der freigebige Freyherr Lucull nach der Zerstörung der an der pontischen Küste liegenden Stadt Keroculus als dauerhafte Kriegsbeute nach Italien brachte, wird also eine edlere, größere, saftreichere Art Sauerkirsche gewesen sein. Jedenfalls hat diese berühmte Feinschmecker der europäischen Welt den Geschmack an den Kirschen erst recht beigebracht, und von nun an wurden sowohl Süß- wie Sauerkirschen in ihrer veredelten Form vielfach aus Asien, wo sie heimisch waren, bezogen und auf die wilden Kirschenbäume des Landes gepfropft.

So entstand eine Menge von Arten. Die wichtigsten waren die apenianische, wahrscheinlich die Stammform unserer Rotkirschen, dann die julianische, unsere Weißkirsche und die hirsfeldische Kirsche, wahrscheinlich die Stammform unserer Herz- kirschen. Die nicht veredelten Cornet-Kirschen verführte man an die Schwämme. Da die Kirsche aus einer Gegend mit harten Wintern stammte, so konnte sie auch durch das ganze mittlere Europa bis hoch in den Norden hinein verpflanzt werden, und so trat sie denn mit den Adlern der römischen Legionen ihren Siegeszug an.

Hundertundzwanzig Jahre nach dem ersten Auftreten der Edelkirsche in Italien wuchs sie bereits zu beiden Ufern des Rheins; sie ist in Belgien und in Britannien heimisch. Ohne Zweifel ist der Weg, auf dem der Baum gewandert war, über Gallien gegangen. Aus mehreren Stellen der römischen Schriftsteller geht hervor, daß die Gallier im Züchten des Obstes besonders kunstfertig waren, und es wird erwähnt, daß die Kirsche in den „Barbarenländern“ aromatischerer Früchte getragen habe als an den Gestoden des Mittel-

meeres. Noch heute sind die Schweiz und der Oberrhein besonders gute Kirschengegenden, in denen der Baum prächtig gedeiht.

So kam die Kirsche, als ein Geschenk der römischen Kultur, zugleich mit den Eroberern nach Germanien, und sie ist in den ersten christlichen Jahrhunderten dort heimisch geworden. Im nachdrücklichsten förderte Karl der Große die Obstzucht, und er hat auch die Anpflanzung von Kirschen in deutschen Ländern in großem Maßstabe durchgeführt. Die eigentliche Pflege und Zucht der Kirschen, wie des Obstes überhaupt, lag aber in den Händen der Mönche, und wir hören in jener Zeit verschiedentlich von Klöstern, die besonders schmackhafte Kirscharten züchteten und diese dann in den umliegenden Gegenden verbreiteten. So ist seit 1000 Jahren die Kirsche bei uns heimisch geworden.

Der Wiederaufbau Ostpreußens. Nach den letzten Verhandlungen zwischen Athenau und Voucheur scheint es, als ob Deutschland nun doch tätigen Anteil nehmen soll an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Ostpreußens. Die wertvollsten Erfahrungen für diese gewaltige Aufgabe vermag uns eine ähnliche Tat zu liefern, die durch deutsche Organisation vollbracht wurde: der Wiederaufbau Ostpreußens. Zwar ist dies oder jene Stadt noch unfertig, aber in den Grundzügen ist das Wiederaufbauwerk doch schon eine fest umrissene Erscheinung. Das, was stets einen Kubusmittel dieses großen Wertes bilden wird, ist die ästhetische Gestaltung des Ganzen. Es war von höchstem kulturellem Wert, daß man nicht jeden bauen ließ, wie er wollte, sondern eine weitverzweigte Organisation sachmännischer und künstlerischer Bauorganisation (s. u. Architektonische Sorgfalt, die bis dahin meist nur größeren Bauten, wie Rathhäusern, Kirchen, Willen zugewendet worden war, kam hier gleichmäßig allen, auch den kleinsten Bauten zugute, die erst das Heimatbild bestimmen. So wurden praktisch wertvolle und ästhetisch befriedigende Bauformen gefunden, charaktervolle Verkörperungen der Begriffe Arbeiter- und Bauernhaus, Gutshaus und Scheune, Stall und Kleinstadthaus. Die alten ostpreußischen Holzbauten wurden nur zum kleineren Teile in demselben Stoff ausgebaut, und zwar besonders in der Romantiker- und Johannesburger Heide, wo der Holzreichtum darauf hinwies. Statt des alten Rohrdaches wurde fast durchgängig das Pfannendach gewählt. Doch sind für die Holzbauten hier wichtige Erfahrungen gemacht worden, die gerade jetzt bei dem französischen Wiederaufbau nützlich sein können. Hauptächlich war es der Aufbau, der zur Anwendung kam, denn auf ihn waren die meisten vorhandenen Orts- und Landschaftsbilder eingestellt. Es sind dafür vortreffliche Lösungen gefunden worden mit klarer Fensterverteilung, knappen Dachumris, streng geordneten Schornsteinköpfen und schlichten Putzflächen. Ueberhaupt hat der Wiederaufbau sein Bestes in liebevoller Kleinarbeit geleistet, die für alle Einzelheiten bis zu den Firmenaufschriften die beste und einfachste Form fand und dadurch einen einheitlichen Baustil schuf.

Dem Deutschen Werkbund ist Ehre und Stimme in Sachverständigenausschuss der Leipziger Entwürfs- und Modellmesse eingeräumt worden.

Eine peinliche Interpellation.

Am bayerischen Landtag haben die Unabhängigen folgende Interpellation eingebracht:

Durch terroristische Gruppen werden seit längerer Zeit Attentate auf Abgeordnete des Bayerischen Landtages verübt, die im Falle des Abg. Gareis zum Morde geführt haben. Was hat die Staatsregierung getan, um das Treiben dieser Gruppen zu unterbinden, oder was gedenkt sie in Zukunft zu tun?

Man darf mit Interesse der Antwort der bayerischen Staatsregierung entgegensehen. Die Beantwortung der Frage, was sie getan habe, um die unaufhörlichen Aufforderungen zum Mordtreiben in den rechtsstehenden antisemitischen Kreisen zu unterbinden, dürfte ihr allerdings schwer fallen, und wenn Herr v. Kahr den gleichen Mut wie sein Vorgesetzter Polizeidirektor Böhrer besitzt, so müßte er die Frage mit einem uneingeschränkten „Nichts“ beantworten. Diesen Mut wird jedoch die bayerische Regierung nicht aufbringen, und so wird als Antwort eine gewundene Erklärung erfolgen, wie wir sie aus den bayerischen Auslassungen der letzten Zeit nachgerade gewohnt sind. Um so schärfer werden die beiden sozialistischen Fraktionen auf eine befriedigende Antwort der Frage zu dringen haben, was in Zukunft dem ungehinderten Mordtreiben der bayerischen Verschwörergruppe gegenüber gesehen soll.

Die Fraktion der USP. hat an das Präsidium des Landtages einen Antrag gestellt, sobald als möglich das Plenum einzuberufen und die Interpellation auf die Tagesordnung der ersten Sitzung zu setzen.

Am Dienstag nachmittag hat sich die sozialdemokratische Fraktion versammelt, um zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Wie gemeldet wird, besteht die Absicht, die Ermordung des Abg. Gareis zum Gegenstand einer parlamentarischen Aktion zu machen.

Bayerische Nationalistenhege.

München, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die bürgerliche Presse in München bemüht sich weiterhin, die durch den Generalkrieg entstandene Kluft zwischen den Klassen zu vertiefen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schämen sich nicht, die Hoffen gegen die USP. Die Genossen Kuer und Timm werden weiter mit niedrigen Anwürfen überhäuft. Die Demonstration am 8. November 1918, welche zur Revolution geführt habe, sei nichts anderes gewesen wie ein Versuch Kuers, die Führung der Massen an sich zu reißen. (1) Timm habe zu demselben Zweck den Vorstoß gegen die „Märzgerichte“ unternommen. Die Ermordung Gareis sei Kuer eine willkommenen Gelegenheit gewesen, um auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung seine 1918 autorisierte Führerstellung wieder zu gewinnen!

Die Interpellationen und Anträge der beiden sozialistischen Parteien an den Landtag auf Aufhebung des Ausschusses und Befestigung der Volksgerichte werden mit bitterem Hohn begrüßt.

Die Morgenblätter berühen das morgen erscheinende Sonderheft der „Süddeutschen Monatshefte“ mit dem Titel „Gegenrechnung“ zu einer nationalistischen Hege. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ läßt Sturm gegen die beabsichtigte Verlegung der bayerischen Generäle Etz und Kohl aus München, und fordert, die Rechte des Landes zu wahren!

Es wird weiter geworben!

Leipzig, 15. Juni. (Th.) Am Montag und Dienstag haben durch das Polizeiamt Leipzig in den Räumen des Deutschen Offiziersbundes, der Deutschen Nationalen Volkspartei und des Verbandes heimattreuer Obergleiter Hausungen wegen verbotener Anwerbung nach Oberschlesien stattgefunden. Grund zu diesen Hausungen gab die Aussage von zwei in Dresden abgefangenen Angeworbenen, wonach gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai verstoßen worden sein soll, die die Anwerbung für Oberschlesien verbietet.

Im Werkbund sind die urteilsfähigsten und geschmackvollsten Sachverständigen des deutschen Kunstgewerbes vereinigt. Seit Zusammenarbeiten mit dem Leipziger Messamt wird daher für beide Teile von Nutzen sein.

Enrico Caruso ist, von Amerika kommend, am Dienstag in Neapel eingetroffen. Seiner eigenen Versicherung nach befindet er sich beim besten Wohlfühlen und wird den Sommer in Sorrent verbringen.

Es ist erst wenige Wochen her, daß durch die Presse die Nachricht von einer sehr schweren Erkrankung des berühmten Tenorsitzungs, einer Erkrankung, die ihn für lange Zeit, wenn nicht für immer von der Bühne fernhalten werde. Wir haben von der Nachricht keine Notiz genommen, da uns die Gepflogenheiten der italienischen Künstler oder vielmehr ihrer geschäftstüchtigen Agenten bekannt sind. Bevor die Tuse in früheren Zeiten eine Gaskampfrundfahrt antrat, pflegte fast regelmäßig ihr unmittelbar bevorstehendes Ableben gemeldet zu werden, und vierzehn Tage darauf hatten wir dann die Freude, die wiedergewonnene Künstlerin begrüßen zu können. Hoffen wir, daß auch die Krankheit Carusos nur eine Reklametransaktion gewesen ist!

Philatelistische Ehrung eines Journalisten. Die bulgarische Regierung hat beschlossen, das Gedächtnis des verstorbenen „Times“-Korrespondenten in Bulgarien, Bourdier, durch Ausgabe einer Serie Erinnerungsmarken zu ehren, die das Bildnis des englischen Journalisten tragen sollen.

Nordische Woche in Lübeck. In der nordischen Woche, die vom 1. bis 11. September stattfindet, sollen neben den wirtschaftlichen Beziehungen zu den nordischen Ländern auch die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ostseeländern gefördert werden. Es haben zum Hören von Vorträgen ihr Können bereits zugesagt: aus Schweden der Präbitoriker Professor Montellius, der bekannte Staatswissenschaftler Professor Kjellen und der Kunsthistoriker Professor Rossvall. Aus Dänemark ist bisher Dr. Frederik Schroeder, eine führende Persönlichkeit auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens, gemeldet. Auch aus Norwegen und Finnland werden Männer der Wissenschaft sprechen. Von deutscher Seite sind zu erwarten: der Schriftsteller Thomas Mann, Graf Kasperling, bekannt durch das „Reisebuch eines Philosophen“, Dr. v. Erdberg, der über das deutsche Volkshochschulwesen berichtet wird. Neben den Vorträgen sollen deutsches Schauspiel und Opernspiele, ein nordisches Sinfonieorchester, vornehmlich unter Leitung von Prof. Sunding-Kristians, deutsche Kirchen- und Kammermusik, sowie Ausstellungen der neueren skandinavischen und norddeutschen Kunst geboten werden.

Der schwedische Studentenchor der Universität Lund unternimmt eine Konzertreise durch Deutschland. Am Sonntag, den 19. Juni, 7½ Uhr, finden in der Hochschule für Kunst am Montag, den 20. Juni, 7½ Uhr im Beckhosen-Saal Konzerte mit verschiedenem Programm statt. Es werden ausschließlich nordische Komponisten vorgelesen.

Der 1. Internationale Kongreß des Deutschen Astronomischen Vereins hält vom 24. bis 28. August einen internationalen Kongreß in Potsdam ab. Gelehrte aller Länder haben ihr Erscheinen zugesagt. Der neue Stadtpark in Potsdam ist vom Magistrat zu dieser Tagung zur Verfügung gestellt.

Groß-Berlin

Das Leid im Schalterkasten.

So leicht sich der hauptstädtische Mensch Sonntags in die Enge des überfüllten Eisenbahnabteils fügen, so ungemächlich kann er aber mitunter werden, wenn er am Bahnhofs-Schalter etwas lange warten muß. Mit Bedauern und Beschönigung kann man da oft genug feststellen, daß in diesem Falle der Berliner nichts von Höflichkeit weiß. Die Klagen der Schalterbeamten über allerlei böse Dinge, die ihnen allerdings nur bildlich an den Kopf süßen, sind häufig genug und leider auch berechtigt. Nicht nur der richtig grobe Berliner, sondern außerdem auch der Teil des Publikums, der mit einiger Ungeduld am Schalter wartet, sollte sich aber überlegen, welche Zumutungen eigentlich an den Schalterdienst gestellt werden.

Erstens: wenn du hinausfährst, um dein Vergnügen zu haben, dann muß das arme Dumm, auch beim schönsten Wetter im Schalterkasten sitzen. Ob die Menschenkinder da drin nicht auch Sehnsucht haben, es sich am Sonntag draußen in der schönen Natur wohl sein zu lassen? Aber zum Vergnügen der anderen erfüllen sie ihren Dienst. Zudem sind, da die ständigen Schalterbediensteten bei dem Massenverkehr an Sonn- und Feiertagen nicht ausreichen, oft weniger geübte Kräfte am Schalter tätig, die die Woche über irgendwo auf einem Bureau der Bahn arbeiten und Sonntags noch zum Schalterdienst kommandiert werden. Es ist sogar nicht immer möglich, den Sonntags beschäftigten Beamten dafür in der Woche einen freien Tag zu geben. Und der Sonntagsdienst ist nicht etwa abgekürzt, sondern dauert volle acht Stunden. Bei einer 25jährigen Anwärterin, die tageweis bezahlt wird, beträgt der Stundenlohn 3,85 M. Sonntags gibts dann noch eine Zulage, die für den ganzen Tag sage und schreibe 2 M. und 4 Pf. beträgt. Nachtdienst wird mit einem Aufschlag von deren 50 Pf. pro Stunde bezahlt. Welch anderer Angestellter oder Arbeiter würde sich mit einer solchen Bezahlung des Sonntagsdienstes abfinden lassen? Dabei ist eine solche Arbeitskraft schon ihre fünf Jahre rund im Bahndienst.

Zu dem verlangt das Publikum nicht weniger als die Bahn selbst von den Beamten am Schalter Anspannung aller Kräfte. Die Dienstleistung geht meist von 7-3 und 3-11 oder 8-4 und 4-12, so daß gerade, wenn mittags alles hinaus will, schon halb verdorrte Kräfte am Schalter stehen. Wie leicht ist bei der großen Zahl der verschiedenen Sorten und der großen Menge ein Versehen möglich. Auch beim Geldwechseln kann ein Verstoß vorkommen, namentlich wenn das Publikum sehr drängt. Und jeden Schaden muß die Beamten am Schalter selbst decken, während die Eisenbahn verlangt, daß jeder Ueberbruch ihr abgeliefert wird. O gelegentlich gibts tatsächlich Ueberbruch, denn mitunter verzichtet einer auf die Herausgabe von ein paar Groschen. Aber „Minus“ ist ungleich häufiger als „Plus“. Die Abrechnung ist überhaupt ein böses Kapitel; denn sie erstreckt sich — vornehmlich bei starkem Sonntagsverkehr — oft noch weit über die vorgeschriebene Dienstzeit, so daß oft neun Stunden herauskommen, von denen die neunten unbezahlt bleibt.

Das ist nur ein kleiner Abriß aus dem Leben und den Weiden einer Schalterbeamten. Zwei Dinge sind notwendig: 1. absolute Höflichkeit des Publikums, 2. bessere Bezahlung im allgemeinen mit Erhöhung der Zuschläge. Bezüglich des 2. Punktes ist noch zu bemerken, daß ein junges Mädchen mit 600 bis 650 M., die ihr nach den üblichen Abzügen im Monat verbleiben, nicht existieren kann — wenigstens nicht in Berlin.

Die „Offene Tür“.

Die SPD-Stadterordneten-Fraktion hat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zu unterbreiten, nach dem der Magistrat um Vorlage zur Einrichtung einer sogenannten „Offenen Tür“ ersucht wird, d. h. um die Errichtung einer Anstalt, in der jederzeit Kinder aufgenommen werden können, auch wenn sie nicht armenrechtlich hilfsbedürftig sind. — Diese „Offene Tür“ ist nicht ein Findelhaus, sondern eine im Wohlfahrtswesen wohlbekanntere Einrichtung, die bezweckt, denjenigen Frauen und Mädchen, die sich mit ihren Kindern in höchster Notlage befinden und nicht wissen, wie sie dieser Notlage im Augenblick steuern sollen, die Möglichkeit zu geben, ohne weiteres zeitweilig die Kinder unterzubringen.

Da der Stadtverordnete Genosse Conrad sein Mandat niedergelegt, hat die SPD-Stadterordneten-Fraktion an seine Stelle den Genossen Gutschmidt in die Deputation für Wohnungs- und Wohnungsfragen und den Genossen Stadterordneten Probst in die Deputation für Kohle und Werke gewählt. An die Stelle des ausgeschiedenen Stadterordneten Genossen Conrad der Stadtverordnetenversammlung ist die Genossin Schölk-Neufuß nachgerückt.

Anita, das Schwindelgenie.

Hochflapoleien einer Berliner.

„Anita von Pfeiffert-Pilozny“ nannte sich eine Hochflapolein, die ihre Schwindelgenie großzügig betrieb und gestern, als sie von einem Richter nach Mailand zurückgeführt war, auf Veranlassung eines Geschwärders verhaftet wurde. Die hoffnungsvolle junge Dame gab sich für die Tochter eines Großindustriellen aus und fand vor geraumer Zeit Anknüpfung an hiesige militärische Unteroffiziere.

Ein italienischer Stadtsarzt, der von Berlin in die Heimat zurückkehrte, nahm sie nach Mailand mit, wo sie sich mit einem Rechtsanwalt liierte. Auch ihm gegenüber spielte sie die Tochter des Großindustriellen. Sie schürzte ihre Zukunft in den glänzendsten Farben. So sagte sie, daß sie mit 25 Millionen Mark an der Deutschen Wollen- und Wollstoff-Fabrik und mit ebensoviel an einer großen Seidenfabrik in Krefeld beteiligt sei. Ihr Barvermögen arbeite an der Börse. Gelder mußte sie belassen, daß sie darüber zurzeit nicht verfügen könne. Es sei, so sagte sie zur Begründung, infolge der Krisen augenblicklich beschlagnahmt. Dem Mailänder Rechtsanwalt aber erschien die Zukunft so sicher und glänzend, daß er gern bereit war, dafür die Gegenwart zu opfern. Man machte gemeinsam auf Kosten des Rechtsanwalts große Reisen und kam auch an den Rhein. Hier ließ sie sich Fräulein Anita von Pfeiffert-Pilozny nicht entgehen, ihrem Bräutigam auch ihre große Seidenfabrik in Krefeld zu zeigen. Durch gute Worte an den Pförtner und ein noch besseres Trinkgeld erreichte sie es unter der Vorherrschaft, ihr Begleiter beschaffte einen großen Posten Seide zu kaufen, daß ihr einer der größten Betriebe der Stadt in seinem ganzen Umlange gezeigt wurde. Namentlich galt sie dem Mailänder als die schwerreiche Witwebesitzerin der bedeutenden Spinnerei. Vom Rhein kam das Paar auch nach Berlin, wo die fremdbildige Dame das Recht hatte, auf dem Potsdamer Platz einem Monne zu begegnen, auf dessen Veranlassung sie früher schon in Berlin gesucht worden war. Dieser, der Geschäftsführer eines von ihr beschwindelten Modehauses, erkannte sie wieder und ließ sie festnehmen. So wurde „Anita von Pfeiffert-Pilozny“, auf die auch die Mailänder Kriminalpolizei schon fahndete, von ihrem enttäuschten Verlobten getrennt, als eine 26 Jahre alte Frieda Helmig entlarvt und von der Kriminalpolizei nach Roabit gebracht.

Neue Sturmszenen im Holzprozeß.

Holz gibt zwar eine reichlich lange Liste der ihm zur Last gelegten Straftaten zu, einige aber stellt er sehr bestimmt in Abrede. Er will dem Gericht glaubhaft machen, daß der Staatsanwalt gegen ihn mit gekauften Zeugen arbeitet. Einen Zeugen Beyer beschuldigte er heute, sich in Wagdeburg einem Major der Sicherheitspolizei zum Mordanschlag an Holz erboten zu haben. Es kam im Gerichtssaal zu einem sehr erregten Auftritt mit Beyer, der in zornigen Weinen ausbrach und sich auf Holz stürzen zu wollen schien. Auf Anordnung des Vorsitzenden mußten zwei der zur Bewachung von Holz anwesenden Schutzpolizisten den Zeugen halten und beruhigen. Holz verwahrte sich gegen Beyers gestrige Aussage, daß er auf dessen Kinder geschossen habe. Kinder seien ihm heilig, versicherte er, und zur Betrügnung dekamierter er ein Gedicht. Holz machte überhaupt als ein im Kern edler Mensch erscheinen und sucht immer wieder seine Beweismittel als Notwendigkeiten hinzustellen. Daß er Gefangene, bei denen sich Wessens fänden, geschlagen hat, rechnet er sich fast als ein Verdienst an. Er hätte sie erschießen können, erklärt er, oder er late sie nur geschlagen und sie davon bewahrt, daß seine Leute sich noch an ihnen vergriffen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Braun wird nach Aufruf der Zeugen in der Beweisaufnahme fortgefahren.

Der schon gestern vernommene Zeuge Beyer soll nochmals vernommen werden, da Justizrat Broh noch verschiedene Fragen an ihn zu richten hat. Justizrat Broh ist aber auch heute nicht erschienen.

Zeuge Gutsbecker Weikel bekundet, daß der Angeklagte in Begleitung bewaffneter Komplizen auf seinem Gut erschienen sei und unter Drohungen ein Auto „requisitiert“ habe.

In den beiden Anklagepunkten „Gefangenenbefreiung“ und „Sprengung des Amtsgerichtsgebäudes in Mansfeld“ gibt Holz zu, den Befehl zur Sprengung und Deckung des Gefängnisses gegeben zu haben. Dagegen bestreite er, bei der Sprengung selbst zugegen gewesen zu sein. Wenn hier ein Zeuge behauptet — so erklärt Holz weiter — daß er sich bei der Sprengung gesehen habe, so ist das ein Beweis dafür, wie leichtfertig die Zeugen sind, die sie sich gekauft haben. Vorstehend (energievoll): Wir haben keine Zeugen gekauft. Ich verbitte mir solche Ausbrüche.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er wiederholt von ihm verhaftete Personen gedroht habe, u. a. den Pastor Neumeister.

Holz: Das ist richtig. Ich habe f. Zt. den Befehl gegeben, daß, nachdem

das proletarische Standrecht

von mir verkündet worden war, jeder, der die Waffen nicht abgibt, sofort erschossen werden sollte. Ich habe natürlich nicht die Absicht gehabt, diesen Befehl auszuführen, ich habe aber fürchten müssen, daß Leute, die wegen des Befehls verhaftet hätten, von den revolutionären Arbeitern mißhandelt würden und deshalb habe ich den Leuten, wenn sie mir vorgeführt wurden, selbst ein paar Ohrfeigen gegeben. Der Pfarrer Neumeister wurde mir vorgeführt mit dem Bemerkten: „Der Kerl hat auf uns geschossen!“ Wenn ich gewußt hätte, daß es ein Pfarrer war, der weiter nichts getan hatte, als unsere Plakate abgerissen, so hätte ich ihn nicht geschlagen.

Vorsitzender: Geben Sie zu, die Villa des Generalarztes Dr. Coers gesprengt zu haben?

Holz: Jawohl, die Villa ist auf meinen Befehl gesprengt worden. Die Sprengung sollte das Signal zum allgemeinen Angriff sein, da die Sipo sich auf zwei oder drei Gebäuden verteilt hatte. Mir war mitgeteilt worden, daß Dr. Coers Führer der Drahtschleife sei und in seiner Villa ein Waffen- und Munitionslager verberge. Auf Grund dieser Angaben habe ich nicht gezögert, den Befehl zur Sprengung zu geben.

Vorsitzender: Haben Sie gefragt, ob diese Erzählung wahr ist?

Holz: Nein.

Vorsitzender: Sie haben wiederholt Personen als Geiseln festgenommen und verschleppt?

Holz: Jawohl, hauptsächlich natürlich

Angehörige der bestehenden Klassen,

da von denen auch gleichzeitig Geld zu erlangen war. Vors.: Was haben Sie mit den Geiseln gemacht?

Holz: Sie sind sofort, nachdem ich sie verhaftet hatte, nach einem Kasino gebracht worden. Vors.: Sie sollen ihnen aber auch gedroht haben, sie erschießen zu lassen, wenn sie nicht in einer bestimmten Zeit eine bestimmte Summe Geld zur Stelle schaffen würden. Holz: Jawohl, das habe ich gesagt. Vors.: Sie haben auf diese Weise von dem Postdirektor Wondel allein 117 000 Mark erprecht?

Holz: Jawohl. Vors.: Was geschah mit dem Geiseln? Holz: Ich brauchte es zur Pöhnung. Vors.: Wieso hatten Sie denn für sich selbst ausgesagt? Holz: Für uns Führer haben wir nichts zurückgehalten. — Justizrat Broh der inzwischen erschienen ist, erklärt, daß bei den hiesigen Truppen eine besondere Kommission einsetzt war, welche die Kassenverwaltungen bildete.

Vors.: Wurden auch Bücher geführt? Holz: Jawohl. Ich habe mich um die eigentlichen Kassensachen nicht bekümmert, da ich nur die militärische Leitung hatte. Die 5 Herren kamen natürlich wiederholt zu mir, wenn sie neues Geld brauchten oder wenn von seiten der bestehenden Klassen Widerstand geleistet wurde.

Eine sadistische Mordtat vor Gericht.

Der Kaufmann an der 57jährigen Inhaberin des Potsdamer Schönheitsinstituts, der Kronenschweizer Auguste Beetz, gelangt heute vor den Potsdamer Schwurgericht zur Verhandlung. Angeklagt wegen Mordes ist der 24jährige Schlosser und Schmied Hermann Grahl aus Potsdam. Bekanntlich wurde Fräulein Beetz am 2. Februar d. J. erdrückt in ihrem Behandlungszimmer in der Schwerebergerstraße aufgefunden. Durch ein zurückgelassenes Taschentuch konnte Grahl als Täter verhaftet werden. Der Angeklagte ist geständig, die Tat in sadistischer Leidenschaft begangen zu haben. Als Sachverständige sind der zuständige Kreisarzt Medizinalrat Dr. Geisler und Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld-Berlin geladen. Der Vorsitz führt Landgerichtsrat Hartung. Der Angeklagte war an dem fraglichen Tage zur Ausmuntierung eines Höhenmessapparates von der Ermordeten hinfeselt worden und hat die Tat in der Mittagsstunde während der Sprechstunde verübt. Grahl war Stammgast berühmter Lokale in Berlin, in denen nur derart krankhaft veranlagte Menschen verkehrten. Dem Angeklagten, ein stupide aussehender blonder Mensch, scheint kein Geständnis leid zu tun. Als Verteidiger ist Rechtsanwalt Niemann-Berlin bestellt. Die Anklage wird vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ghrze vertreten.

Oesterreichisch-deutscher Anschlußabend.

Die Berliner Freunde der Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit dem Reiche hatten gestern im Herrenhaussaal unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Böbe Gelegenheit, unsern oesterreichischen Genossen Robert Preuchler, den Gründer des alten Landarbeiterverbandes, deutsch-böhmischen Dichter und jetzigen Landeshauptmannsstellvertreter von Salzburg zu begrüßen, und seine lebendigen und lehrreichen Worte anzuhören. Er betonte insbesondere, daß Deutsch-Oesterreich nicht als Bettler, sondern als freiem Entschluß und in Erkenntnis der unbedingten Notwendigkeit zum Reiche wolle, da es trotz aller angelegentlichsten Hilfsaktionen als selbständiger Staat lebensunfähig sei. In der Aussprache beteiligten sich u. a. Graf

von Montgelas, Geheimrat Prof. Brandel und unser Genosse Landtagsabgeordneter Schölich-Breslau. Stefan Grohmann konnte im Schlusswort mit Recht sagen, daß wir jede Beeinflussung der Willensmeinung Deutsch-Oesterreichs ablehnen, ihm aber zuzurufen: „Wann du auch kommst, du bist willkommen!“

Die letzte Bezirksversammlung des Bezirks XI (Schöneberg-Friedenau) beschäftigte sich mit einer Reihe von Anträgen aus der Mitte der Versammlung. Ein Antrag auf Beseitigung der Rumelplähe auf dem Gelände des alten Botanischen Gartens und des Lindenparks wurde nach längerer Aussprache gegen die Stimme des Mittelständlers Koch angenommen. Zu einer ausgedehnten Debatte kam es bei der Debatte über einen Antrag der Neuen Fraktion wegen Vereinfachung von Mitteln zur Unterstützung von Sozialversicherungsinstituten und auf eine Bemerkung des Unabhängigen Wendt hielt der Deutschnational Dr. Anders eine Kriegervereinsrede auf die Bedürfnisse der Hohenpöckern. Ihm wurde vom Genossen Czeminiski geantwortet. Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie den ersten Plan zur Sozialversicherung nach Zusammentritt des ersten Reichstages einbrachte und daß die Freunde des Dr. Anders alles getan haben, um gerade die Invasoren der Arbeit mit Beihilfen abzuspeisen. Der Antrag wurde darauf einstimmig angenommen. Gleichfalls wurde ein Antrag über Erleichterungen bei der Pausenausgabe auf dem Schönberger Polizeipräsidium sowie über die Verhinderung der öffentlichen und privaten Gebäude durch Anbringung von Plakaten angenommen.

Der 5. Buttersversteigerung des Buttersauktionenverbandes waren 468 Fässer Ostpreussische, Dübener, Weidenburger, Hannoverische, Schleswiger usw. Wollereibutter zugeführt worden. Der höchste Preis, der bezahlt wurde, beträgt 20,90 M., der niedrigste 18,50 M. Der Gesamtdurchschnitt für 1. und 2. Qualität ist 19,85 M. pro Pfund. Die Preise zogen an, weil die Wollereien infolge der von den Stadtverwaltungen bewilligten Preise für Frischmilch angeßlich weniger produzieren.

Justizrat Broh: Ich will bemerken, daß Holz in den ersten zwei Wochen hier im Gefängnis die bekanntlich sehr fettarme Gefängnisnahrung essen mußte, da er kein Geld hatte. Erst später wurde eine Hilfsaktion für Holz eingeleitet, die ihn sowohl wie seine Frau unterstützte.

Holz: Ich war fetterzeit in Rot und war zu Holz, mich an eine Partei wegen einer Unterstützung zu wenden. Ich habe deshalb fetterzeit meinen photographischen Apparat für 1500 M. verkauft. Staatsanw. Rat Dr. Jaeger: Holz sind bei seiner Verhaftung 5000 M. bares Geld abgenommen worden. Woher stammt denn dieses Geld? Holz: Das war Geld, welches zu revolutionären Zwecken bestimmt war.

Dann wird der gestern vernommene Zeuge Beyer noch einmal vorgelesen, da die Verteidigung noch nähere Auskunft über dessen Betreten seiner Ablicht, Holz zu ermorden, wünscht. Der Zeuge bestreitet, eine solche Absicht geäußert zu haben. Er habe nur gebeten, ihm einige Sipo-Leute mitzugeben, dann würde er schon bald Ruhe und Ordnung schaffen. Angekl.: Das ist ja Unsinn, was der Mann sagt! Wie sollte der Mann mit 10 Leuten Ruhe und Ordnung schaffen? Wir waren hunderte von Leuten und daraus ergibt sich schon, daß er

einen Mordanschlag

im Auge hatte. Er hat sich dem Gericht angeboten und den Major Bolke um Waffen und Leute gebeten usw. Der Major hat es aber abgelehnt. Der Major Bolke wurde ersucht, mit seinen Truppen einzurücken, er habe aber gesagt, das könne er nicht ohne Befehl von Hirsing, auch händen ihm zu wenig Leute zur Verfügung. Zeuge (sehr erregt): Dazu gehörten ja nur ein paar Leute, denn die Begleitmannschaften des Angeklagten waren ja so feige, daß sie nur gleich ausriffen. — Es kommt im Anschluß hieran zu einer

äußerst erregten Szene.

Auf Einwurfe des Angeklagten ruft der Zeuge mit lauter, vor Zorn bebender Stimme: Der Kaufmann hätte nur allein in meine Räume kommen sollen, ohne seine bewaffneten Leute, dann hätte ich ihm gezeigt, was er wertvoll (Mit verzweifeltem Händerinnen und fast schlagend): Der Kerl hat meine Familie in Grund und Boden gerichtet! — Vors.: Zeuge, Sie müssen Ihre Ruhe bewahren! — Zeuge (immer lauter und erregter): Dieser feige Hund! Daß ein alter deutscher Soldat sich von einem solchen Kerl, so einem Lump beleidigen lassen muß, ist doch entsetzlich! — Der Zeuge macht Miene, sich auf Holz zu stürzen, ringt die Hände und kann nur durch zwei hinzueilende Sipo-Männer von einem Angriff auf Holz zurückgehalten werden, die ihn zur Zeugenbank zurückführen. — Holz: Dem Manne ist gar nichts geschehen, auch hat er gar keine Verwundungen erlitten. Es ist merkwürdig, daß gerade die Leute, die am wenigsten zu leiden gehabt haben, Dinge hier zur Sprache bringen, die gar nicht passiert sind. Das zeigt mir am besten, daß solche Leute gekauft sind. — Justizrat Broh: Das wollen wir von diesem Zeugen nicht hören, aber er ist offenbar ein Psycho-path und ich beantrage, seine Frau als Zeugin vorzuladen und ihn auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. R. A. Hegemilch schließt sich diesem Antrage an. — Angekl.: Dem Zeugen ist nichts weiter geschehen, als daß ich ihn geschlagen habe, aber nicht mit der Pistole, wie er behauptet, sondern ich habe ihm mit der Hand

ein Paar Ohrfeigen

gegeben. Ich hätte ihn nach dem uns zustehenden Recht erschießen lassen können, weil er Waffen nicht abgeliefert hatte. Ich habe nicht geschossen, noch viel weniger auf seine unschuldigen Kinder. Wenn ich hätte schlehen wollen, hätte ich auf ihn selbst geschossen. Holz erklärt mit fast weinerlicher Stimme: Ich, der ich eine so schwere Kinderzeit durchgemacht habe, soll auf unschuldige Kinder schlehen? Das ist ja ein eminentes Wahnsinn! Ich habe dem Zeugen gegenüber nur meine Pflicht getan! R. A. Hegemilch (zum Zeugen): Haben Sie nicht gestern zu einem Manne geäußert: „Wenn Holz nicht zum Tode verurteilt wird, dann muß der Staatsanwalt Jaeger dran glauben!“ Zeuge: Ich, das ist ja alles Unsinn! Der Verteidiger behält sich vor, darauf zurückzukommen.

Der nächste Zeuge, Kaufmann Adam aus Hohensagern, erzählt seine Erlebnisse am 24. März und berichtet über das Eindringen einer Bande von 10 bis 15 Mann in seine Behausung, die schließlich ihn um eine Summe von 26 735 M. ausgeplündert haben.

Zeuge Geh. Rat Reinicke aus Mansfeld bekundet die Vorgänge bei der dort vorgenommenen Sprengung des Amtsgerichtsgebäudes und Befreiung von Gefangenen. Holz bemerkt hierzu, daß von dem letzten Mansfelder Sirell der nach politische Gefangene im Gefängnis waren, so daß er Befehl gegeben habe, diese Leute zu befreien. Der Zeuge bestreitet, daß noch politische Gefangene festgehalten wurden. Ob Holz bei der Aktion selbst war, weiß er nicht.

Zeuge Justiz-Oberretter Benedek berichtet gleichfalls über die vorgenommenen Sprengungen und die dadurch verursachten Materialschäden.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

13. Generalversammlung der Glasarbeiter

In der gestrigen Diskussion der Geschäftsberichte und der dazu gestellten Anträge wurde u. a. für bessere Ausbildung der Betriebsräte, bessere Ausbildung der Jugendlichen, für Vertretung der Tafelglasmacher im Vorstand eingetreten. Rheinische Kollegen schilderten die

Verhältnisse im rheinischen Besatzungsgebiet.

Auf der einen Seite werden dort die freien Gewerkschaften bekämpft von den Christlichen und der Geistlichkeit, auf der anderen Seite von der Besatzungsbehörde. Deshalb sei die Bewegung im Rheinland durch geeignete Beamtenanstellungen zu unterstützen. — Begehr, Dresden und andere geben der Befürchtung Ausdruck, daß die Anträge und Vorschläge Girbigs in bezug auf andere Vorstandszusammensetzung, den Beirat und die Revisionen auf eine Rinderung des Arbeiterinflusses im Vorstand hinauslaufen. — Mehrfach wurde für Beitragserhöhung, zugleich verbunden mit Erhöhung der Streikunterstützung eingetreten. — Gering, Schmiedefeld und Marien-Hainholz wandten sich gegen Müller und den ADBB. — Böfller, Altenseld und andere wandten sich gegen die Kritiker des ADBB. Nicht dem Bund solle man die Schuld an manchem Mangel an Erfolgen zuschieben, sondern der großen Masse der Kollegen, die

zu spät zur Bewegung gekommen

sind. Sie gerade verneinen in ihrer jungen Erkenntnis, daß im Sturmschritt alles zu nehmen sei. — Sid, Großhammer leitete die Aufmerksamkeit auf besondere tägliche Extraausgaben für Getränke und besseres Essen, die verschiedene Kategorien der Glasarbeiter infolge ihrer schweren Arbeit am Feuer haben. Ihnen müßte eine besondere Berücksichtigung durch Gewährung eines weitgehenden steuerfreien Einkommens erwirkt werden. — Rief, Gerschheim und noch andere Redner wiesen auf die Notwendigkeit geschlossener Einigkeit, dann aber auch schärfster Vorgehens hin. Von den Rednern, die zur Frage der Gehalts-erhöhung sprachen, anerkannten die meisten die Notwendigkeit einer Erhöhung, jedoch sollte dabei auch auf die schlechte Lage der Arbeitskollegen im Beruf Rücksicht genommen werden. Etliche Redner traten für die Beschäftigung des Moskauer-Kongresses, dagegen für Ablehnung der Entsendung eines Kollegen zu Studienzwecken nach Amerika ein. Gauseiter Hoffmann, Rheinland sprach

gegen die Befestigung des Beirats.

kritisierte die Art der Befestigung des internationalen Glasarbeiterkongresses in Amsterdam und die Form der Berichterstattung über ihn, trat ein für Wiederanerkennung der alterwerbenden Rechte solcher Kollegen, die zwangsweise in eine unionistische Organisation eingetreten müßten, nachher aber wieder zur Zentralgewerkschaft zurückkehrten, wandte sich dann gegen die Anträge, die eine Verminderung der Zahl der Angestellten und die ganz kurzfristigen Kündigungen für sie bezwecken, und legte zum Schluß dar, daß seiner Erfahrung nach keine Gefahr bestehe, daß die kommunistischen Mitglieder die Organisation zu Sprengen beabsichtigen oder daß ihnen dies gelingen könne. — Nachdem 48 Redner gesprochen, wurde ein Schlußantrag angenommen.

In den Schlußworten gingen Grünzel und Girbig eingehend auf eine große Reihe der erhobenen Ausstellungen am Vorstandsbericht ein. Grünzel begründete nochmals die Notwendigkeit einer Gehaltsreform und beantragte Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung der Frage. Müller (Hauptvorstand) gab die Stellung der Vorbereitungscommission zu den zur Debatte gestandenen Anträgen bekannt.

In der Abstimmung wurde eine Resolution Burdes in einer von der Kommission abgeänderten Fassung mit großer Mehrheit angenommen. Sie unterliegt die Forderungen des ADBB. zur Erleichterung des Arbeitslosenlebens

und lautet in ihrem Hauptsatz:

„Die 13. Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter fordert den ADBB. auf, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, die zehn Forderungen bei der Regierung in die Wirklichkeit umzusetzen.“

In Verbindung damit wurde ein Antrag an die Regierung angenommen, sofort in Verhandlungen mit den Vertretern des ADBB. zur Verwirklichung der Forderungen einzutreten. — Eine Vertretung der Tafelglasmacher durch Entsendung eines Kollegen in den Hauptvorstand wurde als zurzeit unmöglich abgelehnt. — Beschlissen wurde, daß der Hauptvorstand beim ADBB. dahin wirken soll, daß dieser eine gewerkschaftliche Jugendbeilage herausgibt. Falls der Gewerkschaftsbund dieses ablehnt, ist eine Jugendzeitschrift spätestens bis zum 1. Oktober d. J. vom Verband herauszugeben. Die Lokalbeamten werden künftig alle zwei Jahre gewählt. Der nächste Verbandstag soll in Fürth stattfinden. — In einer Resolution protestierte der Verbandstag gegen die jetzt auftauchenden Bestrebungen des Unternehmertums,

der arbeitenden Jugend den Achtfundenzug

zu nehmen. Weitere Beschlüsse geben der Verbandsleitung auf, für die völlige Erreichung der Achtfundenzug für alle Branchen und darüber hinaus für die Sechsfundenzug, ferner für eine Steuerermäßigung für die Glasarbeiter zu wirken. — Eine siebenköpfige Kommission zur Vorbereitung der Gehaltsreform wurde eingesetzt.

Sodann erstattete Grünzel (Vorstand) ein Referat über „Arbeits- und Tarifgemeinschaften“, nachdem vorher die Erstattung auch eines Korreferats beschlossen war, mit dem Schaper-Vogelbein betraut wurde. Das Korreferat wird heute erstattet werden. Die letzte halbe Stunde wurde mit der Erstattung eines Berichts der Statutenberatungskommission durch Müller (Vorstand) ausgefüllt.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsche und englische Bergarbeiter.

Die reaktionäre Presse macht wieder einmal auf Kommando „nationale Entrüstung“, weil der Verband der Deutschen Bergarbeiter auf seiner Generalversammlung in Gießen beschloß, die seit dem 1. April kämpfenden englischen Bergarbeiter mit einer Million Mark aus der Zentralkasse und 3 M. pro Verbandsmitglied aus den Bezirks- und Lokalkassen zu unterstützen. Darob zeteriert die reaktionäre Presse über „Geldvergeudung“, „antinationale Gesinnung“, „unwürdiges Verhalten von Deutschen“ usw. Dieses Gezeier zeigt recht deutlich den moralischen Tiefstand unserer „nationalen Presse“. Daß die Menschheit unrettbar zugrunde ginge, wenn jede Handlung „lauffähig“ bewertet, das humanitäre Solidaritätsgefühl keine Heimstätte mehr fände, das begreifen die Rechenmaschinisten nicht. Es ist aber auch nicht wahr, daß der Bergarbeiterverband sich nicht um die Drangsalierung der Oberschleifer gekümmert habe; die „nationale“ Presse behauptet das wahrheitswidrig. Der Verbandstag hat sich nicht nur im Interesse der deutschen Volkswirtschaft für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland ausgesprochen, sondern der Verbandsvorsitzende Genosse Husemann hat unter Zustimmung des Verbandstages auch erklärt, daß der Bergarbeiterverband selbstverständlich die oberschlesischen Kameraden reichlich unterstützen würde, dafür stünden die Verbandsmittel bereit. Diese Kundgebung wird von der „nationalen“ Orgelpresse unterschlagen. Die „Bergarbeiterzeitung“ erinnert nun daran, daß die englischen Bergarbeiter auch die streikenden Ruhrbergleute 1905 mit großen Geldsummen unterstützt haben, wovon die Streikenden ohne Parteiunterschied profitierten. Es ist also auch nicht wahr, daß nur die Deutschen praktische internationale Solidarität üben.

Indessen scheinen die Rechenmaschinisten nicht zu wissen, daß die englischen Bergleute gegen einen sehr starken Lohnabzug kämpfen, und daß es wahrscheinlich nicht im Vorteil der deutschen Wirtschaft liegt, wenn es jetzt der kapitalistischen Gewalt im Auslande gelingt, einen rapiden Rückgang ihrer Fabrikationskosten zu erzwingen. Gewiß kämpfen die englischen Berg-

* POSTABONNENTEN *

welche auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ legen und eine Unterbrechung in der Zustellung durch die Post nicht wünschen, müssen die Erneuerung des Postbezugs in den Tagen vom 15. bis 20. d. M. bei dem zuständigen Postamt vornehmen. Der Postbezugspreis beträgt einschließlich Zustellungsgebühr 10 Mark.

* Vorwärts-Verlag G. m. b. H. *

leute für ihre Interessen, aber die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge fügen es so, daß die Bergleute Deutschlands an dem Sieg ihrer englischen Kameraden hoch interessiert sind. Hätte es die „nationale Presse“ vielleicht lieber gesehen, wenn die westdeutschen Bergleute in einen Sympathiestreik eingetreten wären? In diesem Falle hätten die Ententeblöcke nicht abgeliefert werden können, Marshall Foch würde ins Ruhrgebiet marschiert sein, und wer weiß, wessen Sehnsüchte dann erfüllt worden wären! Was die Annahme des Londoner Ultimatums verhinderte, das wäre dann infolge des Sympathiestreiks der Ruhrbergleute für die Engländer eingetreten; diesen hätte er nichts genützt. Aber was war dann für eine prächtige Gelegenheit zur „nationalen Entrüstung“ geschaffen! Unter dem außenpolitischen Zwangszustand konnte der Bergarbeiterverband den kämpfenden englischen Bergarbeitern die Solidarität ohne die Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets herauszuschreiben, nur beweisen durch eine finanzielle Unterstützung.

Die Saarbergleute haben, um eine größere Kohlenverfendung nach England zu verhindern, die Verminderung der Feiertage abgelehnt. Jede Feiertagsfeier bedeutet für die Belegschaften einen Lohnausfall von fast 5 Millionen Mark! Jedemfalls eine schwere Belastung. Diese Belastung haben aber die freigewerkschaftlichen und gewerkschaftsähnlichen Bergleute im Interesse der englischen Kameraden auf sich genommen. Ueber einen solchen Idealismus muß man sich freuen, stürbe er aus, so wäre es zu Ende mit der Menschlichkeit.

Geradezu abern müdet an, was die „nationalen“ Blätter für Völkerverachtung, Solbader über eine „nützlichere Verwendung“ der Unterstützungsgelder, über „Kapitalverschiebung“, „Verarmung Deutschlands“ usw. Die Verarmung Deutschlands ist das Werk der alldemokratischen-nationalistischen Kriegspolitik. Milliarden sind verschoben von den „nationalen“ Schieber-

reichen „Herrn“ und „unwürdigen“ Gebiets zum Zweck der Steuerhinterziehung. Wo Unsummen verschwendet und verausgabt werden, während Millionen Menschen jämmerlich darben, davon erzählen die Belege in den Hotels, wo man „Heil dir im Siegerkranz“ grüßt. Ausländische Menschenfreunde, allen voran die Gesellschaft der Quäker, sind es, die Hunderte von Millionen ausgebracht haben für die Speisung und Bekleidung großer Massen unserer Kinder. Auch in den englischen Arbeiterkreisen sind seitens der Quäker mit erheblichem Erfolg Sammlungen für die hungernden deutschen Kinder veranstaltet worden. Währenddem brachten unsere „nationalen“ Schieberliche gewaltige Vermögensobjekte vor dem Zugriff des Steuererhebers in Sicherheit ins Ausland. Das ist ihr „Idealismus“. Rein Wunder, daß sie sich „entrüsten“, wenn sie auf Leute treffen, die freudig Opfer bringen für die Ueberbrückung der durch die gewerkschaftliche Völkerverbeugung geschaffenen Kluft zwischen den Kulturnationen.

Die 10 Forderungen des ADBB.

waren Gegenstand der Tagesordnung einer Versammlung des Zentralverbandes deutscher Zimmerer, die am Dienstag im Gewerkschaftshaus tagte. Referent war Ziska, Korreferent Frau Fischer. Der Referent schilderte in sehr ausführlicher Weise die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit und die Mittel, welche zu ihrer Verminderung bisher gebracht bzw. vorge-schlagen wurden. Zur Hebung der Industrie und Beschaffung von Arbeitsgelegenheit habe der ADBB. 10 Punkte aufgestellt, die entsprechende Vorschläge enthalten. Die Verwirklichung dieser Vorschläge werde jedoch davon abhängen, in welchem Umfange eine Möglichkeit hierfür bestehe, insbesondere auch davon, ob die beschäftigten Arbeiter bereit sein würden, zugunsten der Arbeitslosen bis zu einem gewissen Grade auf eigene Vorteile zu verzichten. Die Hoffnung auf volle Verwirklichung werde sich schwerlich ganz erfüllen, weil die notwendige Zurückstellung der eigenen Interessen wohl bei den gescheiterten, intelligenten Arbeitern, nicht aber von den noch wenig geschulten zu erwarten sei, die nicht so leicht bereit sein würden, wirtschaftliche Nachteile auf sich zu nehmen. Hiermit werde man rechnen müssen. Selbst wenn die geforderten Lieferungen und Aufträge von Reich und Staat bewilligt werden sollten, würde dennoch leider nur ein Bruchteil der Arbeitslosen Beschäftigung finden können. Verschärft werde die Sachlage noch dadurch, daß ein Teil der Unternehmer bemüht ist, in eigenen Interesse befristete, die Arbeitsmöglichkeiten zu ver-hindern und daß die Ausfuhr nach anderen Ländern infolge der auch dort herrschenden Krisen auf ein Minimum herabgesunken sei. Wenn man die vorhandene Sachlage auch noch so sehr zu bedauern habe, könne man an diesen Tatsachen doch nicht vorbeigehen.

Frau Fischer erklärte, daß sie sich mit den Ausführungen des Referenten nicht zufrieden geben könne. Man müsse den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit dem Unternehmertum aufnehmen. Die 10 Forderungen des ADBB. müßten als ganz ungenügend angesehen werden. Wenn man auf die politische Aufklärung warten wolle, werde man wohl noch lausend Jahre warten müssen. Die Rednerin verlangte in ihrem Schlußwort, daß der ADBB. der Regierung die 10 Punkte einreichen und ein Ultimatum stellen sollte.

Ziska trat den Ausführungen der Rednerin in seinem Schlußwort entgegen und wies nach, daß ohne Aufklärung kein Fortschritt in der Arbeiterbewegung zu erreichen sei. Nur durch andauernde Aufklärung sind die Gewerkschaften zu Rekrutenschulen des Sozialismus geworden. Erfolge im Kampfe sind nur zu erreichen, wenn wir uns auf den Boden der realen Tatsachen stellen. Der Vorschlag der Rednerin ist in einem parlamentarischen Staat entschieden abzulehnen.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die sehr bewegte Versammlung.

Die städtischen Güterarbeiter sind heute auf den 13 Gütern der Stadt Berlin in einer Gesamtstärke von ungefähr 4000 Mann in den Streik getreten. Die für gestern abend ursprünglich angelegten Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen sind nicht zustande gekommen. Die Rotstandsarbeiten werden auf allen Gütern ausgeführt. Dagegen stößt die Feuerarbeiten und die Bearbeitung der Hadrücken.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Handelsfahrarbeiter und -arbeitnehmer aus den Betrieben der Sagros-Graklonzolln Damen, Mühlendamm 80, Blasen, Kollime, Kleider- und Buchhändler! Donnerstag, 9/1 Uhr, 14 Wegener, Eise Jakobstr. 64: Gruppenversammlung.

Wirtschaft

Wiedereinführung des Bankwesens in Sowjetrußland.

Riga, 14. Juni. („Frankfurter Zeitung.“) Die „Ekononimischesoj Schin“ berichtet: In der letzten Sitzung des Kollegiums des Finanzkommissariats wurde unter Hinweis auf die neue Wirtschaftspolitik und die Entwicklung des Handels Sowjetrußlands die Notwendigkeit betont, Privatpersonen das freie Verfügungsrecht über unbeschränkte Geldmittel zuzusprechen und sie vor unerwarteten Konfiskationen zu schützen. Auch verlangte die erforderliche Bequemlichkeit des Geldumschlags, daß die Sowjetregierung Privatpersonen das Recht zur Aufbewahrung der Geldmittel in den Kassen des Finanzkommissariats gewährt. Deshalb müsse in Rußland das Bank-system wieder hergestellt werden. Das Kollegium des Finanzkommissariats billigte einstimmig diese Vorschläge und beschloß, bei der Sowjetregierung darauf zu dringen, schnellstens das Bankwesen zu legalisieren.

DRGM
Zu kontrollierbar
höchsten
Preisen kauft
Gold - Platin - Silber
Zahngelisse,
einzelne Zähne,
Uhren, Ketten, Ringe,
Brillanten
Auslandskurs
H. Wiese
Artilleriestr. 30
SMln v. Bahnh. Friedrichstr
Tel. Norden 1630

Kriegsbeschädigte
Hinterbliebene
Ausschüsse
Behörden
finden
über alle
Fragen der
Militärversorgung
zuverlässig, Auskunft im
Kommentar zum
Reichsversorgungsgesetz
von Hermann Müller
Die Mitwirkung des Verfassers an dem Gesetz als
Berichterstatler des 7. Ausschusses verbürgt gründliche
und zutreffende Er-läuterung. Ein wertvoller
Anhang mit 2 wichtigsten
einschlägigen Gesetzen u.
Ausführungsbestimmungen
ergänzt vorteilhaft den
Kommentar.
Preis 7,- Mark + 20%
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 7

WANZEN Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch
PFEIFFEROL
Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, Berlin N 63, Schulstr. 16.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbstersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
Trauring, Duk. 2 . . . von 75 M an
1. Ring, 555 gest. 240 M.
1 Ring, 333 gest. von 60-180 M.
1 Ring, 333 gest. von 30-100 M.
Garantieschein l. gesetzl. Goldinhalt.
Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch
Infolge Selbsterwertung zu denkbar günstigen Preisen!
Brillanten zum Auslandskurs.
H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30. Telefon: Norden 1930

Schweißfuß- Fußpuder „Pfeifferol“
Leidende sollten nur den antiseptischen
benutzen. Begünstigt den lästigen Schweißgeruch und veranlaßt Brennen und Wunden werden der Fuß. Streudose 2,50 und 2 Mark. Reich mehrere Monate.
Präservativ-Creme „Pfeifferol“ das idealste Mittel gegen **Wundlaufen**
Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apoth. Otto Pfeiffer & Piehler, Berlin N 63

Arbeitskleidung
Hosen
von 45.- bis 225.- M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Glühlampen
Halbwattlampen
und sämtl. Glimmer- und
Materialien
Carl Peschmann Nll. Hermannstr. 101
Fabrikgeb. III

Gartenlandparzellen
zur Bewirtschaftung, Kapitalanlage und Bebauung vorzüglich geeignet, sehr bequem erreichbar.
von 85 M. an die Q.R.
Auskunft auch Sonntag, Niederischhöhenstr., Kaiser-Wilhelm-Str. 47, am Straßenbahnhal Nordend. Amt Nordend 9675.

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen
empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 80
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neuo Bahnhofstr. 96
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124 Bz

Gardinen Spezial-Verkauf
in Stores, Künstlern, Madras u. Mullgardinen, Bettdecken, Mull- u. Gardinenausstattung. Besonders günstige Gelegenheitskäufe.
Franz Funck, Neukölln, Böhmlische Str. 10 Gartent. part. r.

Bad Salzbrunn
salsica
Katarrhe
Asthma * Grippe
Nieren * * * * Blase
Gicht * Zucker * Steine